

Guerillakommandeur tödlich verunglückt

Salisbury/Lusaka, ddp. Der Tod des Guerilla-Generals Josiah Tongogara verstärkt in Rhodesien die Zweifel an der Einhaltung des Waffenstillstands, dessen offizielles Inkrafttreten für Freitag, 24 Uhr, angesetzt war.

Tongogara, der nach Darstellung der moçambiquischen Regierung am Donnerstag in der Stadt Massinga am Indischen Ozean einem Verkehrsunfall zum Opfer fiel, war einer der wenigen hochrangigen Angehörigen der von Robert Mugabe geführten afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (Zanu), die für ein Wahlbündnis mit der von Joshua Nkomo geleiteten afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (Zapu) eintreten. Die beiden Organisationen, von denen jede eine eigene Guerillaarmee unterhält, sind nur lose in der Patriotischen Front miteinander verbündet. In Rhodesien befürchtet man seit langem, dass es nach der Entlassung der nominellen britischen Kolonie in die Unabhängigkeit zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden Organisationen kommen werde.

Tongogara war Befehlshaber der auf insgesamt rund 20 000 Mann geschätzten Zanu-Armee Zanla (Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe). Die Nachricht vom Tod Tongogaras wurde von dem stark an einem Wahlbündnis mit Mugabe interessierten Nkomo mit «Bestürzung und Sorge» aufgenommen. Zapu-Funktionäre in Lusaka (Sambia) berichteten, für das Wochenende sei eine Besprechung der beiden Nationalistenführer in Darassalam (Tansania) geplant gewesen, die jedoch wahrscheinlich verschoben werde.

Vermutung bestätigt

Kopenhagen, SDA/ AFP. Die Vermutungen über die Todesursache des früheren deutschen Studentführers Rudi Dutschke sind durch die Obduktion seiner Leiche im gerichtsmmedizinischen Institut von Aarhus am Freitag bestätigt worden. Der Tod trat durch Erstickten in der Folge von Erbrechen und durch Ertrinken in der Badewanne der Wohnung seiner Freunde in Aarhus ein. Dort hatte Dutschke einen seiner epileptischen Anfälle erlitten.

Die sowjetische Intervention in Afghanistan

Krisenherd bringt Kriegsgefahr

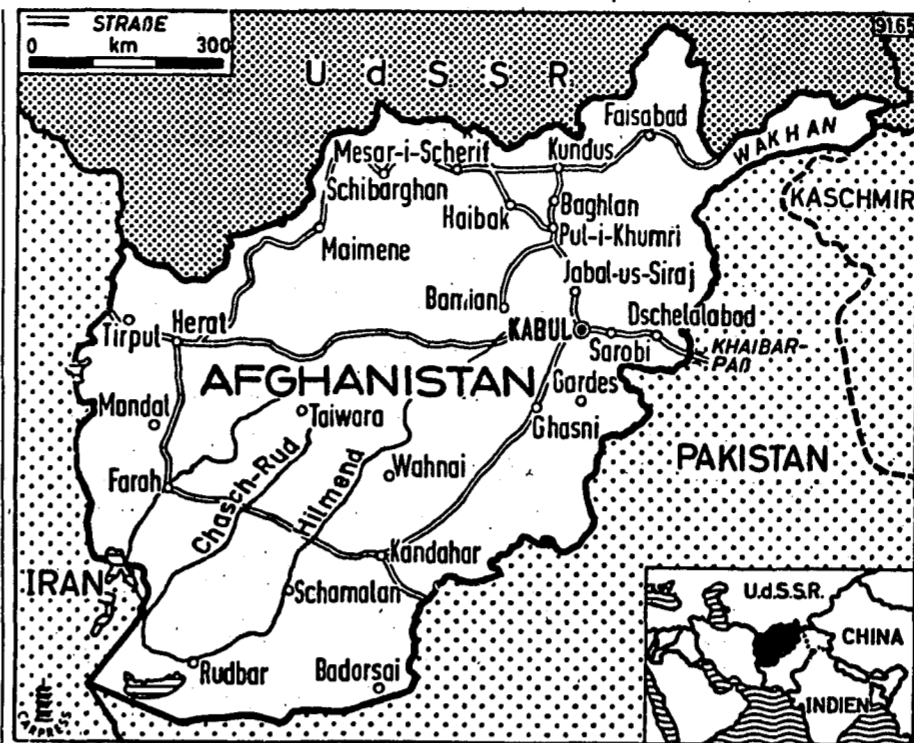
Bericht von J. Piaskowsky aus Moskau

Erlebt die Sowjetunion gegenwärtig ihr «Vietnam», mit allen für die eigene und die internationale Politik gefährlichen Konsequenzen? Tatsache ist, dass Moskau immer tiefer in den afghanischen Bürgerkrieg mithineingezogen wird, den, ähnlich wie im Vietnamkrieg, auch eine Supermacht kaum gewinnen kann. Menschenleere Weiten, unwegsames Gelände und die Bevölkerungsstrukturen setzen selbst der modernsten Massenkriegs-Technik ihre Grenzen.

In der ohnehin geheimniskrämerischen Metropole der UdSSR ist das Thema Afghanistan das Geheimnis Nummer eins. Moskau hüllt sich gegenüber den amerikanischen Berichten über die sehr starke Ausweitung des militärischen Engagements der sowjetischen Streitkräfte im Mittleren Osten in Stillschweigen. Es gibt nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür wieviele sowjetische Soldaten während der vergangenen Tage nun über eine Luftbrücke nach Kabul gebracht worden sind. Waren es nun dreitausend? Oder gar 6000 Mann? Verlässliche Quellen sind in der sowjetischen Hauptstadt nicht zu erschliessen. Dass aber eine Luftbrücke installiert wurde und anscheinend noch weiter aufrecht erhalten bleibt, wird nicht bestritten. Durchaus ernstzunehmende westliche diplomatische Kreise verbreiten sogar mit logisch klingenden Begründungen, dass die Sowjetunion den grossen Truppenrückzug von 20 000 Soldaten aus der DDR nur in Szene gesetzt hat, um an der Heimatfront grössere Verbände für den Einsatz in Afghanistan frei zu bekommen.

Gegen den Kommunismus

So wie sich Militär-Experten die Situation in Afghanistan bisher dargestellt haben, beschränken sich die Sowjets bisher darauf, den pro-kommunistischen und pro-sowjetischen Regimes zu helfen und die Städte gegen den Ansturm der Rebellenarmeen zu halten. Diese bestehen aus moslemischen Sekten, völkischen Minderheiten und



ethnischen Gruppen, die die gewaltsame Zerstörung überkommener völkischer, kultureller und auch wirtschaftlicher Strukturen durch die Kommunisten zum offenen Aufbruch trieb.

Einsatz sowjetischer Kampfverbände

Afghanistan besitzt 6000 Kilometer Strassen, die von Kraftfahrzeugen befahren werden können. Die afghanischen Streitkräfte, angeblich 100 000 Mann stark, durch den kommunistischen Putsch aber innerlich zerfallen und deshalb teilweise im anderen Bürgerkriegslager, sind jetzt offensichtlich nicht mehr in der Lage diese lebenswichtigen Verbindungswege zu den Städten auch nur halbwegs zu sichern. Notgedrungen müssen die sowjetischen Schutzherren die Lücken schliessen, und zwar nicht nur mit Hubschrauber- und Transportgeschwadern, sondern eben jetzt auch mit mobilen schweren Kampfverbänden.

Die Grenze mit China

Afghanistan hat, das wird leicht übersehen, eine rund 60 Kilometer lange Grenze zu China. Nicht zuletzt mit Blick auf diese «Lücke» ist die Verstär-

kung der sowjetischen Truppen-Präsenz erfolgt. Für Moskau, daran besteht gar kein Zweifel, ist Afghanistan immer Interessenssphäre gewesen. Die Wirren im Iran haben den Kreml hauptsächlich veranlasst, sich militärisch in den inner-afghanischen Konflikt einzumischen, in der Erwartung sofort eventuelle Machtvakuen aufzufüllen oder vielleicht zusätzliche Positionen zu besetzen. Diese Spekulation geht, wie schon jetzt zu erkennen ist, nicht auf. Der Bürgerkrieg in Afghanistan wird von Tag zu Tag erbitterter. Religiöse Motivationen aus der rebellisch gewordenen islamischen Welt schüren ihn zusätzlich. Die Kämpfe, Stammes rivalitäten und die von den neuen kommunistischen Herren veranlassten politischen Verfolgungen und die Welle der fast jeden Bewohner treffenden Zwangsmassnahmen haben einen ungeheuren Flüchtlingsstrom ausgelöst, der sich jetzt über die Grenzen Pakistans ergiesst.

Die UdSSR zündelt vor der eigenen Haustür. Ohne Blessuren kommt der Kreml aus diesem politischen Wagnis kaum mehr heraus.

Auftrag zur Bildung der neuen Regierung

Reykjavik, SDA. Der isländische Präsident Eldjarn hat den Chef der rechtsgerichteten Unabhängigkeitspartei Geir Hallgrímsson mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Seine Partei war aus den Parlamentswahlen vom 2. Dezember als stärkste politische Kraft hervorgegangen und hatte 21 der insgesamt 60 Mandate gewonnen.

Politische Beobachter vertreten die Auffassung, dass Hallgrímsson keine Chance habe, die seit mehr als drei Wochen andauernde innenpolitische Krise zu lösen. Die Progressive Zentrumspartei mit 17 Sitzen und die Kommunisten mit 11 Mandaten haben bereits erklärt, sie würden mit der Unabhängigkeitspartei keine Koalition eingehen. Der Führer der Progressiven Partei, Steingrímur Hermannsson, hatte vor einer Woche das Scheitern seiner Bemühungen eingestanden, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den Kommunisten eine Linksregierung zu bilden.

6 Jahre Arbeitslager

Moskau, AP. Ein ukrainischer Menschenrechtsaktivist ist nach Angaben des Bürgerrechtlers Andrej Sacharow unter der Beschuldigung, sowjetfeindliche Hetze und Propaganda gemacht zu haben, zu sechs Jahren Arbeitslager und anschliessend dreijähriger Verbannung innerhalb der Sowjetunion verurteilt worden.

Wie Sacharow vor westlichen Korrespondenten in Moskau mitteilte, wurde das Urteil gegen den 53jährigen Oles Bernik, ein Mitglied des ukrainischen Helsinki-Komitees, am 21. Dezember von einem Kiewer Gericht gefällt.

Vor einigen Tagen war bekannt geworden, dass ein weiterer ukrainischer Menschenrechtler, Georgi Badsio, in einem gesonderten Verfahren zu sieben Jahren verschärftem Arbeitslager und anschliessender fünfjähriger Verbannung verurteilt wurde. Dem 43jährigen ehemaligen Lehrer Badsio war Staatsverleumdung zur Last gelegt worden.

Alles ist möglich in Rhodesien

Frieden oder eine neue Katastrophe?

Salisbury, RWH. Die Zukunft des neuen Staates Zimbabwe ist zurzeit ebenso dunkel wie seine Vergangenheit, wo sich Zimbabwes Tempelruinen irgendwo in der vor-salomonischen Zeit verlieren. Die Führer der Patriotischen Front, Mugabe und Nkomo sowie Bischof Muzorewa und ein gutes halbes Dutzend Splitterparteien versuchen zurzeit, unter dem Deckmantel der Demokratie, in der letzten britischen Kolonie in Afrika, an die Macht zu kommen.

Die Verzögerungstaktik der Patriotischen Front an der London-Konferenz hat ihren Zweck erfüllt. Die PF benötigte mindestens vier Monate, um ihre Streitkräfte innerhalb Zimbabwe-Rhodesiens aufzubauen. 20 000 Mann der PF stehen jetzt innerhalb Rhodesiens unter Waffen, wovon mindestens 75% Mugabes Zanla angehören; 25% formen Nkomos Zipra. Und Neuwahlen in den Regenmonaten Januar/Februar bringen in ländlichen Gebieten für die PF grössere Gewinnchancen. Die Stadtbevölkerung steht zurzeit noch überwiegend hinter Bischof Abel Muzorewa. Zapu, Nkomos politische Organisation, ist bereits mit fliegendem Start in Matabeleland in den Wahlkampf eingetreten. Mugabes Zanla schlägt sich noch mit Kommunikationsproblemen herum, zurückzuführen auf die fast fehlende Infrastruktur dieser Partei. Jede Art Wahlverschiebung oder -verzögerung bringt beiden Flügeln der PF jedoch nur Vorteile.

Nkomo-Mugabe-Trauma

Man ist gespannt, ob Nkomo und Mugabe es wagen werden, persönlich an den Wahlen in Rhodesien teilzunehmen.

• KURZ GEMELDET •

Südkorea: Berufung eingelegt. Der geständige Attentäter des südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung Hee, Kim Chae Kyu, und fünf seiner Mitangeklagten haben gegen die verhängten Strafen beim nächsthöheren Militärgericht Berufung eingelegt.

men. Eine südafrikanische Organisation, die letztes Jahr ein Kopfgeld von einer Viertel Million Schweizer Franken für Joshua Nkomo offerierte, hält ihr Angebot noch aufrecht. Den Sicherheitskräften stände in solch einem Falle eine undankbare Aufgabe bevor. Seit Jahren hat man sie indoktriniert, dass Nkomo und Mugabe keine Menschen, sondern Bestien seien, die Kinder morden, Nonnen vergewaltigen und Verkehrsflugzeuge abschiessen. Das Nkomo-Mugabe-Trauma ist fest verwurzelt in der Psyche der weissen Rhodesier. «Nkomo ist ein so schönes, fettes Ziel, das abzuschliessen ich jederzeit mein Leben riskieren werde, auch steht kein Preisgeld auf seinem Kopf», hört man viele Rhodesier sagen. Nkomo ist für die Weissen die «Inkarnation des Satanischen» schlechthin.

Und Muzorewa?

Der Mann Gottes, Bischof Muzorewa, ist für viele Schwarze die grosse Enttäuschung. Den versprochenen Frieden konnte er nicht liefern, im Gegenteil, die Terroristen wurden immer dreister, und obendrein trat er noch freiwillig von seinem Amt als Regierungschef zurück, was bei vielen Schwarzen so viel heisst wie «das Gesicht verlieren». Muzorewas Vetterwirtschaft war sprichwörtlich. Die Karangas, ein einflussreicher Stamm in der Shona-Nation, beschwerte sich öffentlich, dass der Bischof nur Angehörige seines eigenen Manyika-Volkes mit Regierungsposten bedachte, was zum Bruch zwischen Muzorewa und dem prominenten Nationalisten James Chikerema führte. Muzorewas administrative Schwächen, die sich schon in seiner Kirchengemeinde offenbart hatten, nutzt die PF nun aus. «So ein Mann kann keine Staatsverwaltung leiten und eine Wahlkorrektur sei angebracht», wird der einfältigen Landbevölkerung weisgemacht. Millionen Schwarze stimmten zum ersten Male in ihrem Leben und sehen keinen Grund, den Wahlpropagandisten der PF zu misstrauen, da ja der «grosse weisse Häuptling, Lord Carrington», Neuwahlen angeordnet hat.

Spekulationen

In Wahlprobenläufen und politischen «Rallies» versucht die PF augenblicklich, ihre Popularität zu testen. 35 aus 80 «schwarzen» Sitzen würden den Vorstellungen entsprechen, um den Bischof mit 25 und die restlichen Konkurrenten mit nochmal 25 Sitzen «sitzenzulassen». Die Splitterparteien wären nicht in der Lage, eine Mehrheitskoalition auf die Beine zu stellen; was Lord Soames veranlassen könnte, das Westminster-System zur Anwendung zu bringen und Mugabe und Nkomo zu Premierministern zu machen. In einem solchen Fall wird sich Muzorewa wahrscheinlich mit den 20 Sitzen der weissen Rhodesischen Front zu einer «Arbeits-Allianz» verbinden, um mit total 45 Sitzen die Mehrheit über die 35 Sitze der PF zu haben. Ein solches Manöver fordert ein Veto der PF direkt heraus, was die Schlussfolgerung zulässt, dass das Militär die Macht übernimmt, mit offener oder geheimer Unterstützung Südafrikas, je nach Situation.

Eine Spaltung zwischen Mugabe und Nkomo ist ebenfalls denkbar. Mugabe würde auf unfairen Wahlablauf plädieren, wie früher Sithole; Nkomo würde 20 Sitze in Matabeleland - seiner Heimat - einkassieren, plus ein oder zwei Sitze in Mashonaland und Aspirationen auf die Präsidentschaft legitimieren, eine Allianz mit Muzorewa versuchen, und gemeinsam mit seiner Zipra und den Sicherheitskräften, Mugabe den Garau machen. Muzorewa, als politischer Führer der Shona-Nation wiederum wird sich kaum mit einer subalternen Position in einer Allianz mit dem militärischen Führer der Matabele, Joshua Nkomo, zufriedengeben. Eine Stammesbefriedigung würde so allerdings erreicht. Stammesmäßig betrachtet, ist aber eine Koalition zwischen dem Shona-Bischof und dem Militär-Shona Robert Mugabe wahrscheinlicher. Matabele-Nkomo, mit zwei Mio, gegenüber Shona-Mugabe mit 5 Mio, offensichtlich ein ungleiches Verhältnis. Es enthält die Ingredienzen für ein zweites Biafra.

Über zwanzig mutmassliche Terroristen wurden festgenommen

Terroristen in Italien reden

Rom, SDA/DPA. Verurteilte italienische Terroristen haben jetzt zum erstenmal die «Mauer des Schweigens» gebrochen und sich zur Zusammenarbeit mit der Polizei bereit erklärt. Nach einer ausführlichen Aussage Carlo Fioronis konnten über die Weihnachtszeit rund 20 mutmassliche Terroristen festgenommen werden. Wie am Freitag bekannt wurde, hat sich auch der zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilte Terrorist Carlo Casirati entschlossen, ein vollständiges Geständnis abzulegen.

Erst kürzlich hatte die italienische Regierung ein Gesetz erlassen, das deutliche Strafmilderung für politische Gewalttäter verspricht, die mit der Polizei zusammenarbeiten. Fioroni gehörte Anfang der 70er Jahre zu der Terroristengruppe um den Buch-Millionär Feltrinelli in Mailand. 1975 war er in Lugano verhaftet worden, als er 60 Millionen Lire aus dem Lösegeld einer Entführung bei einer Bank wechseln wollte.

Die Aussagen belasten vor allem die Ex-Führer der Gruppe «Potere operaio» (Arbeitermacht), die fast alle nach der Auflösung dieser Formation in andere Untergrundorganisationen eingetreten sind. Im besonderen werden die Köpfe der Bewegung «Autonomia operaia» (Arbeiterautonomie) beschuldigt, den bewaffneten Kampf organisiert zu haben.

Der im April verhaftete Politologie-Professor Toni Negri aus Padua, der als der ideologische Führer der «Autonomia» angesehen wird, soll mehrfach mit dem damaligen Chef der «Roten Brigaden», Renato Curcio, zusammengetroffen sein. Aus den Aussagen Fioronis ergibt sich eine enge Verbindung sämtlicher linksextremistischer Terrorgruppen in Italien.

Als «Kronzeuge» für zukünftige Terroristenprozesse ist Fioroni gegenwärtig einer der am besten geschützten Gefängnisinsassen in Italien. Wegen der Befürchtung, dass er vergiftet werden könnte, werden seine Speisen gesondert zubereitet. Italienische Terroristengruppen sol-

len auch in der Schweiz und namentlich im Tessin Unterschlüpfe gehabt haben. Auf solche Verbindungen deuten die Geständnisse des inzwischen zu 27 Jahren Zuchthaus verurteilten Italieners Carlo Fioroni hin, über welche die italienische und Tessiner Presse in den letzten Tagen ausführlich berichtete.

Die Schweiz - so geht aus dem «Corriere della sera» hervor - soll Carlo Fioroni in den frühen 70er Jahren unter anderem als Fluchtort gedient haben, wenn er untertauchen musste. Der heute 36jährige Fioroni wurde dann im Mai 1975 in Lugano festgenommen, als er mit zwei weiteren Personen einen Teil des Lösegeldes umtauschen wollte, das für den entführten und später ermordeten Mailänder Ingenieur Carlo Saronio bezahlt worden war. Fioroni wurde noch im Dezember des gleichen Jahres an Italien ausgeliefert und im Februar 1979 wegen Beteiligung an dieser Entführung verurteilt.

Laut dem «Corriere della sera», der in einem (auf Indiskretionen beruhenden) aufsehenerregenden Artikel über das Geständnis Fioronis berichtet - dieser soll u.a. den Mechanismus zwischen Terrorismus und gemeiner Kriminalität dargelegt haben - gab es in der Schweiz auch «Nachschubreserven». Andere Korrespondentenberichte sprechen von einem internationalen Büro der Bewegung «Potere operaio», das im Jahre 1972 in Zürich eröffnet worden wäre. Und wiederum wurde in einigen Blättern die allerdings in keiner Weise erhärtete Vermutung geäussert, dass es u.a. im Tessin paramilitärische Ausbildungslager für Terroristen gegeben habe.

• KURZ GEMELDET •

Djakarta: 13 Tote bei Kollision. 13 Tote und mehrere Verletzte forderte ein Zusammenstoss zwischen einem Schnellzug und einem Lieferwagen in Bangodua, 210 Kilometer östlich von Djakarta. Der Bahnübergang war unbewacht gewesen.